

Antrag

der Abgeordneten Dr. Götz Frömming, Nicole Höchst, Dr. Michael Ependiller, Dr. Marc Jongen, Martin Reichardt, Tobias Matthias Peterka, Norbert Kleinwächter, Volker Münz, Armin-Paulus Hampel, Dr. Heiko Heßenkemper, Peter Boehringer, Enrico Komning, Prof. Dr. Harald Weyel, Jörn König, Dr. Christian Wirth, Christoph Neumann, Johannes Huber, Martin Hebner, Marc Bernhard, Petr Bystron, Dietmar Friedhoff, Mariana Iris Harder-Kühnel, Jens Kestner, Jörn König, Jens Maier, Andreas Mrosek, Christoph Neumann, Uwe Schulz und der Fraktion der AfD

Jetzt die richtigen Konsequenzen aus dem Nationalen Bildungsbericht ziehen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 23. Juni 2020 wurde durch die Bundesbildungsministerin Anja Karliczek der Nationale Bildungsbericht „Bildung in Deutschland 2020“ vorgestellt. Die Daten, die in den Bericht eingeflossen sind, stammen noch aus der Zeit vor der Corona-Pandemie. Der inzwischen achte Bildungsbericht beschreibt die Gesamtentwicklung des deutschen Bildungswesens. Demnach gibt es positive Entwicklungen wie die zunehmende Bildungsbeteiligung, den quantitativen Ausbau des Bildungspersonals, die kontinuierlich gestiegenen Bildungsausgaben und einen insgesamt gestiegenen Bildungsstand.

Neben der Aufzählung von Erfolgen zeigt der Bildungsbericht 2020 aber auch, dass sich die Bildungssituation in Deutschland in einigen Bereichen verschlechtert hat. So ist beispielsweise der Anteil derjenigen Schüler, die die Schule ohne zumindest einen Hauptschulabschluss verlassen, von 5,7 Prozent im Jahr 2013 auf 6,8 Prozent im Jahr 2018 gestiegen (Bildung in Deutschland 2020, S. 9). Das entspricht einer Zahl von rund 54.000 Jugendlichen allein im Jahr 2018 (Bildung in Deutschland 2020, S. 144). Unter diesen Schülern ohne Schulabschluss wiederum sind mehr junge Männer als junge Frauen (Bildung in Deutschland 2020, S. 18). Außerdem gibt es über alle Bildungsphasen hinweg Menschen mit geringen schriftsprachlichen Kompetenzen (Bildung in Deutschland 2020, S. 18). Es sind gerade diese Kompetenzen, die eine wichtige Voraussetzung für den späteren Schul- bzw. Studienerfolg darstellen.

17 Prozent der Erwachsenen im Alter von 25 bis unter 65 Jahren hatten im Jahr 2018 keinen beruflichen Bildungsabschluss (Bildung in Deutschland 2020, S. 69). Differenziert betrachtet ergibt sich hierbei, dass die 25- bis unter 65-Jährigen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland geboren sind, zu 28 Prozent keinen beruflichen Abschluss haben (Bildung in Deutschland 2020, S. 6). Bei den Menschen mit Migrationshintergrund, die im Alter von 19 Jahren und mehr nach Deutschland gezogen sind,

liegt der Anteil bei 40 Prozent (Bildung in Deutschland 2020, S. 69).

Stagnierende oder sinkende Quoten beim Übergang auf das Gymnasium, sinkende Absolventenquoten bei mittleren Schulabschlüssen und auch bei der Hochschulreife, markieren das Ende eines jahrzehntelangen Trends zu formal immer höheren Bildungsabschlüssen bei gleichzeitigem Bildungsverfall. Die einseitige und bildungsideologisch motivierte Ausrichtung auf ein „Abitur für alle“ hat in eine Sackgasse geführt.

Die herkunftsbedingten Defizite vieler Kinder konnten auch durch verstärkte Investitionen in die frühkindliche Bildung nicht ausgeglichen werden. Somit haben diese Kinder auch schlechtere Voraussetzungen für eine erfolgreiche Schullaufbahn als andere. Dennoch werden sie in vielen Bundesländern sogar im Gymnasium aufgenommen, wo für sie keine geeignete Förderung möglich ist.

Der Nationale Bildungsbericht zeigt überdeutlich, dass der Einfluss der sozialen Herkunft oder des Migrationshintergrunds auf den jeweiligen Bildungserfolg großen Einfluss hat. Ein Viertel der Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund hat Eltern mit nur geringer formaler Bildung. Das ist fünfmal mehr als bei Familien ohne Migrationshintergrund (www.augsburger-allgemeine.de/politik/Zahl-der-Schulabgaenger-ohne-Abschluss-steigt-an-id57608611.html).

21,4 Prozent der Vorschulkinder sprechen zu Hause vorrangig eine andere Sprache als Deutsch (www.zeit.de/gesellschaft/familie/2020-09/integration-kita-kinder-sprachforderung). Die unterschiedlichen Voraussetzungen der Kinder – bedingt durch ihr Elternhaus – scheint auch die frühkindliche Bildung nicht wettmachen zu können. Somit haben diese Kinder auch schlechtere Voraussetzungen, dem Unterricht in der Grundschule folgen zu können, als andere.

Nur langsam und vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels setzt sich die Erkenntnis durch, dass der Weg über einen Haupt- oder Realschulabschluss in Verbindung mit einer Berufsausbildung vielen Schülern gerechter wird und erfolgsversprechender ist, als die einseitige Ausrichtung auf das Abitur und das Einschlagen einer akademischen Laufbahn. Die hohe Abiturientenquote unter den Schulabsolventen bedeutet ohnehin nicht, dass alle Studienanfänger auch in der Lage sind ein Studium erfolgreich abzuschließen. Das zeigen die Beschwerden vieler Universitäten, die seit Jahren eine abnehmende Studierfähigkeit von Studienanfängern feststellen.

Erstmals widmet sich ein Kapitel des Nationalen Bildungsberichts dem Thema der Bildung in einer digitalen Welt. Dabei wird sehr deutlich für eine stärkere Digitalisierung der Bildung plädiert. Allerdings geht aus demselben Bericht hervor, dass nur 35 Prozent der Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen davon ausgehen, dass digitale Medien die Lernergebnisse bzw. Leistungen von Schülern verbessern. Bei den Lehrkräften an beruflichen Schulen liegt der Anteil bei 33 Prozent (Bildung in Deutschland 2020, S. 299). Die Mehrheit der Lehrkräfte glaubt also nicht, dass sich die Bildungsergebnisse durch den Einsatz digitaler Medien verbessern würden.

Tatsächlich ist die Lerneffektivität gemessen an Aufwand und Kosten der Digitalisierung eher gering und „im Vergleich zu anderen Maßnahmen zur Lernförderung unterdurchschnittlich“. Das zeigen Meta-Analysen zur Auswirkung der Digitalisierung auf die Lerneffizienz (www.friedrich-verlag.de/bildung-plus/digitale-schule/medieneinsatz-im-unterricht/pro-und-contra/wie-wirksam-sind-digitale-medien-im-unterricht/).

Auch die Erfahrungen, die während der Schulschließungen weltweit mit dem Onlinelernen gemacht wurden, sind eher ernüchternd und sollten dazu führen, nicht einseitig auf digitale Hilfsmittel zu setzen (www.welt.de/wirtschaft/karriere/bildung/plus209948369/Zu-wenig-Unterricht-So-schlimm-ist-die-Lockdown-fuer-unsere-Kinder.html?).

Insgesamt betrachtet enthält der vorliegende Bildungsbericht alarmierende Zahlen zum Bildungsstand der Bevölkerung, die eine Reaktion der Politik in Bund und Ländern dringend geboten erscheinen lassen.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf, gemeinsam mit den Bundesländern und den zuständigen Institutionen
1. durch die Förderung und Konzentrierung auf die Kernfächer, die für die Erlangung eines Hauptschulabschlusses nötig sind, darauf hinzuwirken, dass sich der Anteil der Schüler ohne Hauptschulabschluss wieder verringert;
 2. die Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss durch Fördermaßnahmen für einen nachträglich zu absolvierenden Hauptschulabschluss zu qualifizieren und hierbei insbesondere den Blick auf junge Männer zu richten;
 3. den Jugendlichen in der Schule durch zusätzliche Anstrengungen in der Berufsberatung zu verdeutlichen, welchen hohen Wert in Deutschland die Absolvierung einer Berufsausbildung hat und wie schwer es für Schulabsolventen ohne abgeschlossene Berufsausbildung wird, im Berufsleben zu bestehen. Diese Bemühungen müssen auch gegenüber Migranten erfolgen;
 4. bereits in der Grundschule die schriftsprachlichen Kompetenzen der Schüler als wichtige Voraussetzung für den Schulerfolg zu fördern und dabei auf bewährte Lernmethoden zu setzen;
 5. die Sprachförderung von Vorschulkindern mit Migrationshintergrund auszubauen und so die ungleichen Voraussetzungen der Schüler bei Eintritt in die Grundschule auszugleichen;
 6. Konzepte zu erarbeiten, die eine hochwertige frühkindliche Betreuung sicherstellen;
 7. durch Werbemaßnahmen – nicht nur vor Beginn eines Ausbildungsjahres – die Vorteile einer Berufsausbildung gegenüber der Aufnahme eines Studiums herauszustellen;
 8. die Länder dabei zu unterstützen, die Berufsorientierungsmaßnahmen so zu gestalten, dass sich Jugendliche – ihren Fähigkeiten entsprechend – vermehrt für eine passende Berufsausbildung entscheiden;
 9. die Meisterausbildung mit dem Ziel „Mehr Meister als Master“ im Sinne einer Aufwertung von Ausbildungsberufen mit anschließendem Meistertitel gegenüber akademischen Abschlüssen zu fördern;
 10. den Fokus bei der Verwendung der Haushaltsmittel für den Bereich Bildung auf die Ausbildung und Einstellung neuer und zusätzlicher Lehrkräfte zu richten, statt einseitig in die Digitalisierung der Bildung zu investieren;
 11. Bildungsstand und Bildungsfähigkeit zum entscheidenden Kriterium bei der Steuerung der Zu- und Einwanderung nach Deutschland zu machen.

Berlin, den 4. Februar 2021

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

